

# Wer den Euro retten will, muss ihn neu konzipieren

Von Thomas Coutrot, Michel Husson  
und Pierre Khalifa

Achtundvierzig deutsche und französische „Unternehmer“ (darunter einige Banker) haben am 21. Juni 2011 in einer in zahlreichen Tageszeitungen (darunter *Süddeutsche Zeitung* und *Le Monde*) abgedruckten Anzeige klar Position zugunsten der Reform der europäischen Wirtschaftspolitik bezogen, wie sie vom europäischen Rat und EU-Parlament vorgesehen ist. Für diese Unternehmer ist „der Ausschluss von Mitgliedsländern oder die Teilung der Gemeinschaft in eine Nord- und Südunion der falsche Weg“; es handle sich dabei um „populistische Forderungen“ und „ein Scheitern des Euro wäre ein fataler Rückschlag für Europa“. Doch wie können diese Manager den Euro retten, wenn sie die Regeln noch verschärfen wollen, die ihn an den Rand des Abgrundes geführt haben? Muss man daher nicht die grundlegenden Regeln der Gemeinschaftswährung ändern, wenn man sie retten will?

Eben davon sind wir felsenfest überzeugt. Der tiefsitzende Irrtum der Diagnose der Manager wird im Titel der Anzeige sehr gut zusammengefasst: „Die europäische Krise ist eine Schuldenkrise und keine Krise des Euro.“ Woher kommt die Verschuldung den Autoren zufolge? Einerseits vom „starken Einbruch der Weltwirtschaft“, andererseits dem Fehlen „strikter Stabilitätsregeln“, womit eine überschießende öffentliche Verschuldung gemeint ist. Übergehen wir den Begriff „Einbruch“, ein schöner Euphemismus, mit dem die Rezession von 2008/2009 gemeint ist, die weitaus schlimmste seit den 1930er Jahren. Denn es ist völlig irrig, die Krise in Europa überbordenden öffentlichen Ausgaben zuzuschreiben. Bis 2008 waren Spanien, Portugal und Irland geradezu Musterknaben tugendhafter Budgetpolitik. Und der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Nationaleinkommen ist seit 1990 deutlich gesunken, auch in Deutschland und Frankreich.

Heute wissen wir nur zu gut, dass der Steuerwettbewerb zwischen den europäischen Ländern mit der von den Staaten organisierten

Erosion der Besteuerung der Unternehmen und der Reichen die Zunahme der Defizite und der öffentlichen Verschuldung bis 2008 erklärt. Die gigantischen Außenhandelsüberschüsse von Deutschland, die durch eine exzellente internationale Spezialisierung, seit zehn Jahren aber vor allem *durch den Rückgang der Reallöhne und der Sozialausgaben erzielt wurden*, haben die Handelsbilanzdefizite der südlichen Länder immer weiter erhöht. Das Beben von 2008/2009, das zu einer Explosion der Staatsschulden geführt hat, wurde durch die Finanzindustrie ausgelöst, die in wildem Profithunger immer verantwortungsloser gehandelt hat.

Steuer- und Lohnkonkurrenz, absolute Freiheit für die Kapitalzirkulation (und -spekulation) – hierin liegen die wahren Wurzeln der gegenwärtigen Krise. Sie ist ein direktes Resultat des Maastrichter Vertrages und der Logik der dem Euro zugrunde liegenden Institutionen. Wie kann man hoffen, aus der Krise herauszukommen, wenn man ihre Ursachen noch verschärft?

Auf diese Weise, nämlich mittels Aderlass, gingen bei Molière die Ärzte vor. Und so möchten es auch die Unterzeichner der Anzeige machen. Den verschuldeten Ländern muss „finanziell geholfen“ werden, was „viele Milliarden Euro kosten“ wird. „Im Gegenzug müssen wirksame Maßnahmen umgesetzt werden.“ Diese „Maßnahmen“, die von der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in diversen Ländern umgesetzt wurden, kennen wir nur zu gut: Absenkung der Löhne und der Renten, Privatisierungen, Entlassung von Staatsangestellten, Abbau der Schutzvorschriften der Lohnempfänger bei Entlassungen usw. Die „vielen Milliarden Euro“ werden bei der einfachen Bevölkerung wieder eingezogen, um Zins und Tilgung der öffentlichen Schulden bei den Gläubigern – den Banken – der verschuldeten Staaten zahlen zu können. Ja schlimmer noch, die gewährten „Hilfen“ werden von der EU auf den Finanzmärkten aufgenommen und dann an die Länder zu einem deutlich höheren Zinssatz als „Hilfe“ weitergereicht.

Doch können Griechenland und die anderen Länder, die in Schwierigkeiten sind, damit wieder auf die Beine kommen? Nicht ohne eine beträchtliche Reduzierung – in der Größenordnung von 25 Prozent – der Löhne und der Sozialausgaben, was der IWF eine „innere Abwertung“ nennt. Dies ist die Bedingung, um die nötigen Außenhandels- und Haushaltsüberschüsse zur Bezahlung der Schuldenlast erzielen zu können. Doch eine solche Politik beinhaltet das Risiko einer Depressionsspirale, die den ganzen Kontinent bedroht.

Es wäre doch viel weniger absurd – und weit- aus gerechter und sozial akzeptabler – nach einer Konvergenz auf höherer Ebene zu suchen als nach einer Gleichschaltung nach unten! So könnte man die europäischen Wirtschaften durch Lohnerhöhungen in Deutschland wieder ins Gleichgewicht bringen. Zweifellos würden die deutschen Lohnabhängigen, die gerade für Lohnerhöhungen kämpfen, sich dieser Forderung anschließen. Man kann jedoch verstehen, dass die großen Manager, die die Anzeige verantworten, nicht für diese Lösung sind. Warum sollte man auch die Logik ändern, wenn diese doch, wie sie in einem vielsagenden Lapsus schreiben, „Wohlstand und Reichtum für uns alle“ gebracht hat?

Aber die europäischen Völker fangen an, sich über den Dünkel der Reichen zu empören. In Großbritannien, in Spanien, in Griechenland und bald auch in weiteren Ländern nimmt der Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen die Zerstörung des Sozialstaats neue, massive, spontane, friedliche, radikaldemokratische Formen an, die den üblichen Rahmen verlassen. Bei den Großkopferten führt dies sichtlich zu Unruhen: Man kann die Unbeweglichkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) schwerlich verstehen, die gegen jedwede Wahrscheinlichkeit an der Fiktion der vollständigen Rückzahlung der Schulden Griechenlands festhält. Alle Finanzanalysten und sogar deutsche Behörden erklären, dass dies unmöglich sein wird. Aber kurzfristig geht es darum, an die europäischen Bevölkerungen, die dabei sind, sich ebenfalls zu wehren, eine ganz klare Botschaft zu schicken: Gleich den Griechen müsst auch ihr jeden Cent an die Banken zurückzahlen. Egal, was die Folgen für eure Schulen, eure Krankenhäuser, eure soziale Sicherheit und das ökologische Gleichgewicht sein werden.

Wir wünschen uns jedoch, dass die sozialen Bewegungen, beginnend mit Griechenland und Spanien, ihre Regierungen zwingen, auf diese brutale Sparpolitik zu verzichten. Angesicht der unzähligen Spannungen kann man heute nur sicher sein, dass die kommenden Monate und Jahre unvorhergesehene wirtschaftliche und politische Wendungen bringen werden. Es können im ein oder anderen Land durchaus auch Regierungen ans Ruder kommen, die mit dem Neoliberalismus brechen. Es wird ihre Aufgabe sein, den Forderungen des Finanzkapitals entgegen zu treten, nicht sich gegen Europa zu wenden. Statt die Entscheidung zu treffen, den Euro zu verlassen und die Drachme, die Peseta oder den Franc wieder einzuführen, würden sie besser unilaterale Maßnahmen treffen, um den europäischen Völkern zu zeigen, dass *ein anderes Europa möglich* ist. Ein öffentliches Audit (Moratorium) und eine teilweise Streichung der Schulden, Kapitalkontrollen und -besteuerung, sowie Vergesellschaftung des Bankensystems: Die fortschrittlichen Regierungen und die europäischen sozialen Bewegungen müssen die EZB, die europäischen großen Unternehmer und ihre politischen Vertreter entschieden bekämpfen. Für eine demokratische Neugründung der Europäischen Union und des Euro, die einzige Art und Weise, ihnen eine neue Legitimation und eine Zukunft zu verschaffen!

Aus: *Le Monde*, 29. Juni 2011

Übersetzung : Paul B. Kleiser

Thomas Coutrot, Michel Husson und Pierre Khalfa sind Wirtschaftswissenschaftler, Mitglieder im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC und der Fondation Copernic.



info@m-sf.de - www.m-sf.de